

Bericht der Sommersession 2025

Sehr geehrte Damen und Herren

In der Sommersession haben die eidgenössischen Räte einen Nachtragskredit von 666 Millionen Franken bewilligt, mit welchem der Pflichtbeitrag für die Teilnahme der Schweiz an den Programmen für Forschung und Innovation der Europäischen Union (EU) im Jahr 2025 finanziert wird. Dank diesem erfreulichen Beschluss wird eine rückwirkende provisorische Assoziierung an die Programme Horizon Europe, Digital Europe und Euratom per 1. Januar 2025 ermöglicht. Eine langfristige Teilnahme der Schweiz an den EU-Programmen wird jedoch von der Annahme des Gesamtpakets der bilateralen Abkommen zur Stabilisierung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU abhängen. Der Bundesrat hat am 13. Juni 2025 die Vernehmlassung zu diesem Vertragspaket eröffnet. Die Schweizer Hochschulen und Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung sind direkt davon betroffen: Das EU-Programmabkommen (EUPA) regelt die Basis für die heutige und zukünftige Teilnahme der Schweiz an den EU-Programmen für Bildung, Forschung und Innovation.

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre.

Petra Studer, petra.studer@netzwerk-future.ch

ENTSCHEIDE DES PARLAMENTS

Parlament bewilligt 666 Millionen Franken für die Teilnahme der Schweiz an den EU-Programmen für Forschung und Innovation im Jahr 2025

In der Sommersession haben die eidgenössischen Räte im Rahmen des Nachtrags I zum Voranschlag 2025 ([25.007](#)) Nachtragskredite für das laufende Finanzjahr in der Höhe von 674,9 Millionen Franken bewilligt. Mit 666 Millionen Franken ist der Grossteil dieser Mittel für den diesjährigen Pflichtbeitrag für eine Teilnahme der Schweiz an den Programmen der Europäischen Union (EU) für Forschung und Innovation bestimmt. Die Zahlung des Pflichtbeitrags ist eine Voraussetzung, um den Schweizer Akteurinnen und Akteuren im Bereich Forschung und Innovation die Beteiligung an den Programmen Horizon Europe, Digital Europe und Euratom im

laufenden Jahr zu ermöglichen. Dank einer vorläufigen Anwendung des EU-Programmabkommens (EUPA), das im Rahmen des Pakets von bilateralen Abkommen für die Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU ausgehandelt wurde, können Forschende und Innovationsakteure aus der Schweiz seit dem 1. Januar 2025 an fast allen Projektausschreibungen teilnehmen. Die für November geplante Unterzeichnung des EUPA soll die rückwirkende provisorische Assoziierung der Schweiz an die Programme des Horizon-Pakets besiegeln. Mit der Bewilligung dieses Nachtragskredits bekräftigte das Parlament seine Beschlüsse aus dem Jahr 2020 für eine Beteiligung der Schweiz am Horizon-Paket in den Jahren 2021-2027 und den entsprechenden Verpflichtungskredit in der Höhe von 6,153 Milliarden Franken. Der Ständerat unterstützte den Nachtragskredit als Erstrat mit 36 zu 7 Stimmen bei einer Enthaltung; der Nationalrat bestätigte diesen Entscheid mit 120 zu 65 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Beide Kammern lehnten Minderheitsanträge ihrer Finanzkommissionen ab, welche die Bedeutung einer Vollasoziiierung an die EU-Programmen in Frage stellten und die seitens der Schweiz zur Abfederung der Folgen der Nichtasoziiierung in den Jahren 2021 bis 2024 lancierten Übergangsmassnahmen als ausreichend erachteten.

[Protokoll des Ständerats vom 3. Juni 2025 »](#)

[Protokoll des Nationalrats vom 4. Juni 2025 »](#)

Ständerat will Investitionen in die Wachstumsphase von Start-ups stärken

Der Ständerat hat das Kommissionspostulat «Finanzierung von Innovationen und Erhalt von Arbeitsplätzen in der Schweiz» ([25.3427](#)) stillschweigend angenommen. Er beauftragt den Bundesrat, die Hindernisse, welchen Start-ups in der Wachstumsphase («Scale-up») begegnen, zu analysieren und konkrete Massnahmen vorzuschlagen, um die Investitionen in diese Phase zu stärken. Das Ziel des Postulats der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-S) ist es, die Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Start-ups zu verbessern und einen Kontrollverlust über zukunftsweisende Innovationen in der Schweiz zu verhindern. Der Bundesrat möchte den seinerseits ebenfalls unterstützten Vorstoss gemeinsam mit einem vom Nationalrat in der Sommersession 2024 überwiesenen Postulat behandeln. Dieses bezog sich auf den Rückgang der Innovationsaktivitäten von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in der Schweiz. Aus Sicht des Bundesrates ermöglicht die gemeinsame Behandlung einen umfassenden Überblick über die Entwicklung der Innovationsleistung von Schweizer Unternehmen und Start-ups sowie über die geeigneten Massnahmen zu deren Stärkung.

[Protokoll des Ständerats vom 11. Juni 2025 »](#)

Die eidgenössischen Räte beschliessen Verlängerung des Gentechnik-Moratoriums bis

Ende 2030

Nach dem Nationalrat hat der Ständerat mit 39 zu 0 Stimmen bei zwei Enthaltungen einer Verlängerung des bestehenden Moratoriums für den Anbau gentechnisch veränderter Organismen ([24.443](#)) um fünf Jahre bis Ende 2030 zugestimmt. Ein Antrag einer Kommissionsminderheit, die sich für eine Differenzierung zwischen klassischer Gentechnik und neuen Methoden einsetzte, wurde von der kleinen Kammer mit 27 zu 14 Stimmen abgelehnt. In der Schlussabstimmung besiegelten beiden Räte die Vorlage. Damit erhält der Bundesrat zeitlichen Spielraum für die Ausarbeitung eines Spezialgesetzes zum Umgang mit neuen Züchtungstechnologien. Die entsprechende Vorlage ist derzeit in der Vernehmlassung und soll im ersten Quartal 2026 zuhänden des Parlaments verabschiedet werden.

Protokoll des Ständerats vom 5. Juni 2025 »

AUSSERDEM HABEN DIE PARLAMENTARIERINNEN UND PARLAMENTARIER ...



...im Ständerat das Kommissionspostulat «Forschung zu Risiken und nachhaltigem Umgang mit Chemikalien (Chemikaliensicherheit)» ([25.3431](#)) mit 35 zu 3 Stimmen angenommen. Damit beauftragt die kleine Kammer den Bundesrat mit einer Bestandsaufnahme der Forschung und Prävention im Bereich der Umweltchemikalien. Zudem soll er in einem Bericht aufzeigen, wie die Forschung in diesem Gebiet weiter gefördert und die Koordination zwischen den Forschungsinstitutionen, den Bundes- und Kantonsstellen sowie den wichtigsten in diesem Bereich tätigen Unternehmen verbessert werden können.



...im Ständerat die Motion «Spitzenforscherinnen und Spitzenforscher in die Schweiz holen» ([25.3254](#)) mit 33 zu 11 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Die Motion stand im Zusammenhang mit den von der US-Regierung beschlossenen Kürzungen bei der Finanzierung amerikanischer Universitäten. Der Vorstoss hatte zum Ziel, die Einreise und die Niederlassung von Forschenden aus den Vereinigten Staaten in der Schweiz zu erleichtern. Mit der Ablehnung durch die kleine Kammer ist das Geschäft erledigt.



...im Nationalrat die Motion «Koordinierte Förderung von Innovationen im Bereich der Klimaschutztechnologien» ([23.3756](#)) mit 99 zu 86 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Die grosse Kammer will den Bundesrat beauftragen, einen virtuellen Pool für Fördermassnahmen zu schaffen und eine zentrale Anlaufstelle zu benennen, um Unternehmen den Zugang zu den verschiedenen Förderinstrumenten im Bereich der Energiewende zu erleichtern. Das Geschäft geht an die zuständige Kommission des Ständerats.



...im Nationalrat die Motion «Ein Kompetenzzentrum oder Kompetenznetzwerk für künstliche Intelligenz in der Schweiz schaffen» ([23.3849](#)) mit 111 zu 75 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Mit dieser Motion sollte der Bundesrat beauftragt werden, in der Schweiz ein Kompetenzzentrum für neue Technologien und insbesondere für die künstliche Intelligenz (KI) zu schaffen, um deren Entwicklung sowohl im öffentlichen Sektor als auch in der Privatwirtschaft zu erleichtern. Der Bundesrat hatte die Ablehnung der Motion beantragt, da er diesbezüglich bereits zahlreiche Massnahmen getroffen habe. Das Geschäft ist erledigt.



...im Nationalrat das Eintreten auf die Vorlage «Bundesgesetz über die Finanzhilfen zugunsten des Instituts für Föderalismus» ([25.034](#)) mit 117 zu 72 Stimmen abgelehnt. Mit diesem Gesetzesentwurf soll eine dauerhafte finanzielle Unterstützung des Bundes zugunsten des an die Universität Freiburg angegliederten Instituts für Föderalismus gewährleistet werden. Die Mehrheit der grossen Kammer war wie ihre Staatspolitische Kommission (SPK-N) und der Bundesrat der Ansicht, dass eine zusätzliche Finanzierung des Instituts durch den Bund nicht gerechtfertigt sei, da dies in die Zuständigkeit der Kantone falle. Der Gesetzesentwurf wurde ursprünglich auf Wunsch des Parlaments ausgearbeitet, weil in beiden Kammern in den Jahren 2019 und 2020 entsprechende Motionen ([18.3238](#) und [19.3008](#)) angenommen wurden. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

Stellungnahmen des Bundesrates zu Vorstössen



Schluss mit dem Entlastungspaket 2027.

Motion (25.3412) von Nationalrätin Ursula Zybach (SP).
Der Bundesrat hat am 14. Mai 2025 die Ablehnung der Motion beantragt.



Schützt die Schweiz den freien Zugang zu sicheren und neuen Technologien hinreichend?

Interpellation (25.3359) von Nationalrat Martin Candinas (Mitte).
Der Bundesrat hat am 28. Mai 2025 darauf geantwortet.



Transparenz bei Teilnahme an EU-Organisationen und EU-Programmen.

Interpellation (25.3354) von Nationalrat Roman Hug (SVP).
Der Bundesrat hat am 21. Mai 2025 darauf geantwortet.



Weiterentwicklung der Schweizer Pflanzenzüchtung mit und ohne Einsatz von Verfahren, die dem Gentechnikgesetz unterstellt sind.

Interpellation (25.3348) von Nationalrat Kilian Baumann (Grüne).
Der Bundesrat hat am 21. Mai 2025 darauf geantwortet.



Schutz vor Wissenschaftsspionage. Flächendeckende Sicherheitsprüfungen im Hochschulbereich.

Motion (25.3315) von Nationalrat Reto Nause (Mitte).
Der Bundesrat hat am 28. Mai 2025 die Ablehnung der Motion beantragt.



Vertrauenswürdige KI durch qualitativ hochstehende Datensätze stärken.

Postulat (25.3293) von Nationalrätin Katja Christ (GLP).
Der Bundesrat hat am 21. Mai 2025 die Annahme des Postulats beantragt.



Nationale KI-Strategie und Roadmap für eine zukunftsfähige Schweiz.

Motion (25.3288) von Nationalrätin Katja Christ (GLP).
Der Bundesrat hat am 28. Mai 2025 die Ablehnung der Motion beantragt.



Flächendeckende und krisensichere Internetanbindung für öffentliche und private Nutzer durch den raschen Beitritt zu IRIS2 garantieren.

Interpellation (25.3190) von Nationalrat Fabian Molina (SP).
Der Bundesrat hat am 21. Mai 2025 darauf geantwortet.



Zukunft des biomedizinischen Forschungsplatzes Schweiz.

Interpellation (25.3187) von Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (Mitte).
Der Bundesrat hat am 21. Mai 2025 darauf geantwortet.



Anwerbung wissenschaftlicher Talente aus den USA. Welche Strategie verfolgt die Schweiz?

Interpellation (25.3161) von Nationalrat Alex Farinelli (FDP).
Der Bundesrat hat am 21. Mai 2025 darauf geantwortet.



Einführung einer Innovationsfolgeabschätzung (IFA) zur Sicherstellung einer innovationsfreundlichen Gesetzgebung.

Postulat (25.3156) von Nationalrätin Katja Christ (GLP).
Der Bundesrat hat am 28. Mai 2025 die Ablehnung des Postulats
beantragt.



Verbindlicher IKT-Minimalstandard zur Steigerung der Resilienz gegen Cyberbedrohungen in der Schweiz.

Interpellation (25.3149) von Nationalrat Dominik Blunschy (Mitte).
Der Bundesrat hat am 14. Mai 2025 darauf geantwortet.



Folgen der vom Bundesrat geforderten substanziellen Erhöhung von Studiengebühren in der Schweiz.

Interpellation (25.3157) von Nationalrätin Katja Christ (GLP).
Der Bundesrat hat am 28. Mai 2025 darauf geantwortet.



Nationale Strategie zur gerechten Finanzierung der kantonalen Universitäten.

Postulat (25.3141) von Nationalrätin Katja Christ (GLP).
Der Bundesrat hat am 14. Mai 2025 die Ablehnung des Postulats
beantragt.



Ein Abkommen mit der EU für woke Forschung dank dem Forschungsprogramm Horizon?

Interpellation (25.3076) von Nationalrat Nicolas Kolly (SVP).
Der Bundesrat hat am 21. Mai 2025 darauf geantwortet.

NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE



Förderung sicherer und nachhaltiger Chemikalien.

Motion (25.3855) von Ständerat Benjamin Mühlemann (FDP).
Eingereicht am 20. Juni 2025.



Reduzierung der Aktivitäten des BFS: Welche Zukunft hat die öffentliche Statistik in der Schweiz?

Interpellation (25.3806) von Ständerat Fabien Fivaz (Grüne).
Eingereicht am 20. Juni 2025.



Frauenmangel in der Wissenschaft: Warum verhält sich der Bundesrat so abwartend?

Interpellation (25.3886) von Nationalrätin Laurence Fehlmann Rielle (SP).
Eingereicht am 20. Juni 2025.



Erasmus+: Wie wird der Bundesrat die Interessengruppen informieren?

interpellation (25.3858) von Nationalrätin Marie-France Roth Pasquier (Mitte).
Eingereicht am 20. Juni 2025



Förderung sicherer und nachhaltiger Chemikalien.

Motion (25.3835) von Nationalrat Andri Silberschmidt (FDP).
Eingereicht am 20. Juni 2025.



Bassenges- Bauernhof an der EPFL: Andere Optionen nicht ausreichend geprüft?

Frage (25.1035) von Nationalrat Benoît Gaillard (SP).
Eingereicht am 20. Juni 2025.



Rechtsgrundlagen für eine nationale Datenpolitik – Analyse des Handlungsbedarfs.

Postulat (25.3705) von Nationalrat Andri Silberschmid (FPD).
Eingereicht am 19. Juni 2025.



Stärkung der digitalen Souveränität: Welche Massnahmen plant die Schweiz?

Interpellation (25.3704) von Nationalrat Andri Silberschmid (FDP).
Eingereicht am 19. Juni 2025.



Die Armee und weltweite Innovation bei Waffensystemen.

Interpellation (25.3702) von Nationalrat Markus Schnyder (SVP).
Eingereicht am 19. Juni 2025.



Welche Zukunft hat der Schutz des geistigen Eigentums in internationalen Verhandlungen?

Interpellation (25.3692) von Ständerätin Isabelle Chassot (Mitte).
Eingereicht am 18. Juni 2025.



Stärkung des Pharma- und Biotechnologie-Standorts Schweiz.

Motion (25.3685) von Ständerätin Eva Herzog (SP).
Eingereicht am 18. Juni 2025.



Arbeitsmarkt im Wandel – Forschungsinitiative für eine alternde und digitalisierte Erwerbsgesellschaft zur Sicherung von Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit.

Interpellation (25.3672) von Ständerat Fabio Regazzi (Mitte).
Eingereicht am 18. Juni 2025.



Gute Rahmenbedingungen für die Life Science sind in aller Munde. Aber was heisst das konkret?

Interpellation (25.3663) von Nationalrat Thomas Rechsteiner (Mitte).
Eingereicht am 18. Juni 2025.



Horizon-Paket: Verwendung der Mittel aus den Verpflichtungskrediten.

Interpellation (25.3618) du conseiller national Katja Christ (PVL).
Déposée le 16 juin 2025.



Akkreditierung im Hochschulbereich.

Interpellation (25.3612) von Nationalrat Christoph Riner (SVP).
Eingereicht am 13. Juni 2025.



An der EPFL, um zu studieren, oder um zu demonstrieren und Propagandaflugblätter zu verteilen?

Interpellation (25.3578) von Nationalrat Yvan Pahud (SVP).
Eingereicht am 10. Juni 2025.

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

Sie sind bei uns mit der E-Mail-Adresse eingetragen.

Sie möchten keine weiteren Informationen per E-Mail erhalten? [abmelden](#)

KONTAKT

Netzwerk FUTURE

Münstergasse 64/66, 3011 Bern

Tel. 031 351 88 46

info@netzwerk-future.ch

www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik.
Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

24. Juni 2025